



INHALTSÜBERSICHT

Verfassung und allgemeine Verwaltung

Vollzug der Baugesetze;
Umbau und Nutzungsänderung einer Scheune zum Wohnhaus mit Garage; Fl.Nr. 39/2; Bad Aibling..... 63

Landwirtschaft, Forst, Jagd, Fischerei

Vollzug der Jagdgesetze;
Erlass einer Wildschutzgebietsverordnung für die Wildfütterungen Lechnerhochwies, Kusenstadel und Moos im Eigenjagdrevier Cramer-Klett, Gemeinde Aschau im Chiemgau 64

Wirtschaft, Arbeit, gewerblicher Verbraucherschutz, Verkehr, Energie

Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes;
Feststellung gemäß § 5 Abs. 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) im Rahmen des Genehmigungsverfahrens nach § 4 Abs. 1 Satz 1 und 3 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) zur Errichtung und Betrieb einer Biomasseheizanlage am Standort Bruckmühl, Gemarkung Bruckmühl, Fl.Nr.: 3941/4 66

Finanzwesen

Vollzug des BaySchFG und der GO;
Haushalt 2022 des Mittelschulverbandes Neubauern - Rohrdorf - Samerberg 67

Vollzug des KommZG und der GO;
Haushalt 2022 des Zweckverbandes zur Abwasserbeseitigung in Brannenburg und Flintsbach a. Inn 69

Sonstiges

Bekanntmachungen der Kreis- und Stadtparkasse Wasserburg a. Inn 71

Dieser Ausgabe liegt als Anlage bei:

Anlage zum Vollzug der Jagdgesetze;
Erlass einer Wildschutzgebietsverordnung für die Wildfütterungen Lechnerhochwies, Kusenstadel und Moos im Eigenjagdrevier Cramer-Klett, Gemeinde Aschau im Chiemgau

NACHRUUF

Wir nehmen Abschied von unserem ehemaligen Kollegen

Herrn Wilhelm Guggemos

Herr Guggemos war von 1978 bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand im Jahr 2000 beim Bauhof Riedering des Landkreises Rosenheim beschäftigt.

Wir werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.
Seinen Angehörigen gilt unser Mitgefühl.

Für den Landkreis Rosenheim

Für den Personalrat

Otto Lederer
Landrat

Luise Bauer
Personalratsvorsitzende

NACHRUUF

Tief betroffen und traurig nehmen wir Abschied von unserer ehemaligen Kollegin

Frau Lydia Schmid

Frau Schmid war vom 15.06.1978 bis zum 31.03.1997 im Veterinäramt des Landratsamtes Rosenheim beschäftigt.

Wir haben sie als immer verlässlichen, loyalen und hilfsbereiten Menschen erlebt. Durch ihre freundliche Art und ihre Einsatzbereitschaft hat sie sich im Kollgenkreis bleibende Wertschätzung erworben. Wir werden sie nicht vergessen.

Für den Landkreis Rosenheim

Für den Personalrat

Otto Lederer
Landrat

Luise Bauer
Personalratsvorsitzende

VERFASSUNG UND ALLGEMEINE VERWALTUNG

Vollzug der Baugesetze; Umbau und Nutzungsänderung einer Scheune zum Wohnhaus mit Garage; Fl.Nr. 39/2; Bad Aibling

Antragsteller: Brigitte Zehetmaier, Bahnhofstraße 59 b, 83104 Tuntenhausen
Vorhaben: Umbau und Nutzungsänderung einer Scheune zum Wohnhaus mit Garage
Bauort: Bad Aibling, Adalbert-Stifter-Straße 2
Lage: Gemarkung Bad Aibling, Flurstück 39/2

Das Landratsamt Rosenheim erlässt folgenden Bescheid:

Baugenehmigung

A. Der Bauantrag wird nach Maßgabe der eingereichten Bauvorlagen im vereinfachten Verfahren genehmigt.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann **innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage** erhoben werden bei dem

Bayerischen Verwaltungsgericht in München,
Postfachanschrift: Postfach 200543, 80005 München,
Hausanschrift: Bayerstraße 30, 80335 München,

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung

- Die Einlegung des Rechtsbehelfs ist schriftlich, zur Niederschrift oder elektronisch in einer für den Schriftformersatz zugelassenen Form möglich. Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per einfacher E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet keine rechtlichen Wirkungen!
- Ab 01.01.2022 muss der in § 55d VwGO genannte Personenkreis Klagen grundsätzlich elektronisch einreichen.
- Kraft Bundesrechts wird in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten infolge der Klageerhebung eine Verfahrensgebühr fällig.

Hinweis: Die Frist zur Einlegung des Rechtsbehelfs wird mit dem Tag der Zustellung in Lauf gesetzt. Die Zustellung gilt mit dem Tag der Bekanntmachung als bewirkt.

Die Akten des Baugenehmigungsverfahrens können während der Amtsstunden im Landratsamt Rosenheim, Bauabteilung, Wittelsbacherstr. 55, 83022 Rosenheim, Bauabteilung, Zimmer 04.219, eingesehen werden.

Landratsamt Rosenheim
Rosenheim, 13.04.2022

gez.

Rosenwink

LANDWIRTSCHAFT, FORST, JAGD, FISCHEREI

Vollzug der Jagdgesetze;

Erlass einer Wildschutzgebietsverordnung für die Wildfütterungen Lechnerhochwies, Kusenstadel und Moos im Eigenjagdrevier Cramer-Klett, Gemeinde Aschau im Chiemgau.

Verordnung

des Landratsamtes Rosenheim über die Ausweisung der Wildschutzgebiete Lechnerhochwiese, Kusenstadel und Moos im Eigenjagdrevier Cramer-Klett, Gemeinde Aschau im Chiemgau

vom 14.03.2022

Auf Grund von Art. 21 Abs. 1 - 3, Art. 52 Abs. 3, und Art. 49 Abs. 2 Nr. 3 des Bayerischen Jagdgesetzes vom 13. Oktober 1978 (BayRS V S. 595, BayRS 792-1-L), zuletzt geändert durch § 1 Abs. 345 der Verordnung vom 26. März 2019 (GVBl. S. 98) erlässt das Landratsamt Rosenheim folgende Verordnung:

§ 1 Schutzgegenstand

Die Bereiche um die Wildfütterungen Lechnerhochwiese, Kusenstadel und Moos im Eigenjagdrevier Cramer-Klett, Gemeinde Aschau i. Ch. werden als Wildschutzgebiete ausgewiesen.

§ 2 Wildschutzgebietsgrenzen

Die Grenzen der Wildschutzgebiete sind in den anliegenden Karten (Maßstab 1:25.000 und Maßstab 1:7.500), die Bestandteil dieser Verordnung sind, bzw. in der Natur durch den Wildschutzzaun bzw. entsprechende Beschilderung an den Wegen dargestellt.

§ 3 Schutzzweck

Zweck der Ausweisung der Wildschutzgebiete ist der Schutz und die Erhaltung des Rotwildes, sowie die Verhütung von Wildschäden durch eine möglichst ungestört durchführbare Rotwildfütterung.

§ 4 Verbot

Die Wildschutzgebiete dürfen in der Zeit vom 01. November bis 31. Mai jeden Jahres nicht betreten werden.

§ 5 Ausnahmen

Ausgenommen vom Betretungsverbot nach § 4 dieser Verordnung ist die ordnungsgemäße jagdliche, land-, forst-, und fischereiwirtschaftliche Nutzung

§ 6 Befreiungen

Vom Verbot des § 4 dieser Verordnung kann das Landratsamt Rosenheim im Einzelfall Befreiungen erteilen, wenn

1. überwiegende Gründe des Gemeinwohls die Befreiung erfordern oder
2. die Befolgung des Verbots zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte führen würde und die Abweichung mit dem Schutzzweck vereinbar ist oder

3. die Durchführung der Vorschrift zu einer nicht gewollten Beeinträchtigung von Natur und Landschaft führen würde.

§ 7 Ordnungswidrigkeiten

Nach Art. 56 Abs. 1 Nr. 15 Bayerisches Jagdgesetz kann mit Geldbuße bis zu EUR 5.000,-- belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig dem Verbot des § 4 dieser Verordnung zuwiderhandelt.

§ 8 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt eine Woche nach Bekanntmachung im Amtsblatt des Landkreises Rosenheim in Kraft, gleichzeitig erlischt die Anordnung des Landratsamtes Rosenheim vom 17.02.1981 bzw. tritt die Verordnung vom 17.02.1994 außer Kraft. Sie gilt bis sie außer Kraft gesetzt wird, längstens jedoch 20 Jahre.

Rosenheim, den 14.03.2022
Landratsamt Rosenheim

gez.

Otto Lederer
Landrat

WIRTSCHAFT, ARBEIT, GEWERBLICHER VERBRAUCHERSCHUTZ, VERKEHR, ENERGIE

**Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes;
Feststellung gemäß § 5 Abs. 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) im Rahmen
des Genehmigungsverfahrens nach § 4 Abs. 1 Satz 1 und 3 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG)
zur Errichtung und Betrieb einer Biomasseheizanlage
am Standort Bruckmühl, Gemarkung Bruckmühl, Fl.Nr.: 3941/4**

Bekanntmachung des Landratsamtes Rosenheim vom 29.04.2022, Az.: 35-824-50-jb

Die Firma SALUS Haus Dr. med. Otto Greither Nachfolge GmbH & Co. KG beantragte am 17.01.2022 beim Landratsamt Rosenheim als zuständige Genehmigungsbehörde die immissionsschutzrechtliche Genehmigung für die Errichtung und den Betrieb einer Biomasseheizanlage am Standort Bruckmühl, Gemarkung Bruckmühl, Fl. Nr. 3941/4.

Das beantragte Vorhaben bedarf einer Genehmigung gemäß § 4 Abs. 1 Sätze 1 und 3 des Gesetzes zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz - BImSchG) in Verbindung mit Nr. 1.2.1, Nr. 1.2.4 und Nr. 8.1.1.5 (Verfahrensarten V) des Anhangs 1 der vierten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen - 4. BImSchV).

Das Vorhaben fällt zugleich unter § 2 Abs. 4 Nr. 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in Verbindung mit § 1 Abs. 1 Nr. 1 UVPG und Nr. 1.2.1 Spalte 2, Nr. 1.2.3.2 Spalte 1, Nr. 1.2.4.1 Spalte 2, Nr. 8.1.1.3 Spalte 2, Nr. 8.2.2 Spalte 1 der Anlage 1 zum UVPG. Für die Errichtung der Anlage ist somit im Rahmen eines Genehmigungsverfahrens nach dem BImSchG eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls nach § 7 Abs. 5 UVPG vorzunehmen.

Dabei handelt es sich um eine überschlägige Prüfung unter Berücksichtigung der Kriterien der Anlage 3 des UVPG, bei der festgestellt werden soll, ob das Vorhaben erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen haben kann, die für die Genehmigung des Vorhabens zu berücksichtigen sind und deshalb eine UVP-Pflicht besteht. Die Bewertung im Rahmen einer überschlägigen Prüfung anhand der vorgelegten Antragsunterlagen, eigener Ermittlungen und der für die Entscheidung maßgeblichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften ergab, dass das geplante Vorhaben keine erheblich nachteiligen Auswirkungen auf die Umwelt hat.

Gemäß § 5 Abs. 3 UVPG ist diese Feststellung nicht selbstständig anfechtbar.

Die gemäß § 5 Abs. 2 Satz 1 UVPG erforderliche Information der Öffentlichkeit erfolgt mit dieser Bekanntmachung.

Landratsamt Rosenheim
Rosenheim, 19.04.2022

gez.

Blabsreiter

FINANZWESSEN

Vollzug des BaySchFG und der GO; Haushalt 2022 des Mittelschulverbandes Neubeuern - Rohrdorf - Samerberg

I.

Die Schulverbandsversammlung des Mittelschulverbandes Neubeuern – Rohrdorf – Samerberg hat am 15.02.2022 den Haushalt des Jahres 2022 beschlossen. Die Haushaltssatzung enthält keine genehmigungspflichtigen Bestandteile und wird nachstehend bekannt gemacht:

Haushaltssatzung

des Mittelschulverbandes Neubeuern - Rohrdorf - Samerberg
(Geschäftsführende Gemeinde Markt Neubeuern)

für das Haushaltsjahr 2022

„Aufgrund der Art. 9 Abs. 7 und 9 des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes (BaySchFG), Art. 41 Abs. 1 des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (KommZG) und Art. 63 ff. der Gemeindeordnung (GO) erlässt der Mittelschulverband folgende Haushaltssatzung:“

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2022 wird

im **Verwaltungshaushalt**

in den Einnahmen und Ausgaben auf je **832.200 €**

und im **Vermögenshaushalt**

in den Einnahmen und Ausgaben auf je **145.000 €**

festgesetzt.

§ 2

Kredite zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögenshaushalt werden nicht aufgenommen.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen im Vermögenshaushalt werden nicht festgesetzt.

§ 4

A. Verwaltungsumlage

Die Höhe des durch sonstige Einnahmen nicht gedeckten Bedarfs (Umlage-Soll) zur Finanzierung von Ausgaben im Verwaltungshaushalt wird auf **671.300,00 €** festgesetzt.

Dieser ungedeckte Bedarf wird nach der Zahl der Verbandsschüler auf die Mitglieder des Schulverbandes umgelegt.

Die für die Berechnung der Schulverbandsumlage maßgebende Schülerzahl nach dem Stand vom 01. Oktober 2021 wird auf 137 Verbandsschüler festgesetzt.

Die Verbandsumlage wird somit je Verbandsschüler auf **4.900,00 €** festgesetzt.

B. Investitionsumlage

Eine Investitionsumlage wird nicht erhoben.

§ 5

Der Höchstbetrag der **Kassenkredite** zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Haushaltsplan wird auf **50.000 €** festgesetzt.

§ 6

Diese Haushaltssatzung tritt mit dem 01. Januar 2022 in Kraft

Schulverband Neubeuern - Rohrdorf - Samerberg
Neubeuern 22.03.2022

gez.

Schneider
Schulverbandsvorsitzender

II.

Es wird bekannt gemacht, dass die Haushaltssatzung samt ihren Anlagen bis zur nächsten amtlichen Bekanntmachung einer Haushaltssatzung ab dem Tag dieser Veröffentlichung in der Geschäftsstelle des Mittelschulverbandes (Gemeinde Neubeuern, Schlossstr. 4, 83115 Neubeuern) zur öffentlichen Einsicht ausliegt.

Landratsamt Rosenheim
Rosenheim, 28.03.2022

gez.

Markov
Regierungsrätin

**Vollzug der KommZG und der GO;
Haushalt 2022 des Zweckverbandes zur Abwasserbeseitigung in Brannenburg und Flintsbach a. Inn**

I.

Die Verbandsversammlung des Zweckverbandes zur Abwasserbeseitigung in Brannenburg und Flintsbach a. Inn hat in der Sitzung vom 24.03.2022 den Haushalt des Jahres 2022 beschlossen. Der Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen (s. § 2 der Haushaltssatzung) wurde mit Schreiben des Landratsamtes Rosenheim vom 07.04.2022 rechtsaufsichtlich genehmigt. Zur Erlangung der Rechtswirksamkeit wird die Haushaltssatzung nachstehend bekannt gemacht:

Haushaltssatzung

**des Zweckverbandes zur Abwasserbeseitigung in Brannenburg und Flintsbach am Inn
für das Haushaltsjahr 2022**

Aufgrund des § 13 Abs. 2 der Verbandssatzung, Art 34 Abs. 2 Nr. 3 und Art. 41 Abs. 1 des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit in Verbindung mit Art. 63ff. der Gemeindeordnung erlässt der Zweckverband zur Abwasserbeseitigung in Brannenburg und Flintsbach a. Inn folgende Haushaltssatzung:

§ 1

Der als Anlage beigefügte Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2022 wird hiermit festgesetzt; er schließt im

Verwaltungshaushalt

in den Einnahmen und Ausgaben mit 1.156.500,00 €

und im

Vermögenshaushalt

in den Einnahmen und Ausgaben mit 1.693.800,00 €

ab.

§ 2

Die Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen werden auf 1.420.000,00 € festgesetzt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen im Vermögenshaushalt werden nicht festgesetzt.

§ 4

- a) Zur Finanzierung des durch die sonstigen Einnahmen im Verwaltungshaushalt nicht gedeckten Bedarfs wird eine Betriebskostenumlage erhoben. Diese beträgt für die Gemeinde Brannenburg 550.000,00 € und für die Gemeinde Flintsbach a. Inn 260.000,00 €.
- b) Zur Finanzierung des durch die sonstigen Einnahmen im Vermögenshaushalt nicht gedeckten Bedarfs wird eine Investitionskostenumlage erhoben. Diese beträgt für die Gemeinde Brannenburg 30.000,00 € und für die Gemeinde Flintsbach a. Inn 11.900,00 €.

§ 5

Der Höchstbetrag für Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Haushaltsplan wird auf 100.000,00 € festgesetzt.

§ 6

Diese Haushaltssatzung tritt mit dem 01. Januar 2022 in Kraft.

Zweckverband zur Abwasserbeseitigung in Brannenburg und Flintsbach a. Inn
Brannenburg, 11.04.2022

gez.

Jokisch
Erster Bürgermeister und Verbandsvorsitzender

II.

Es wird bekannt gemacht, dass die Haushaltssatzung samt ihren Anlagen bis zur nächsten amtlichen Bekanntmachung einer Haushaltssatzung ab dem Tag dieser Veröffentlichung in der Geschäftsstelle des Zweckverbandes (Gemeinde Brandenburg, Schulweg 2, 83098 Brannenburg) zur öffentlichen Einsicht ausliegt.

Landratsamt Rosenheim
Rosenheim, 13.04.2022

gez.

Markov
Regierungsrätin

SONSTIGES

Bekanntmachung der Kreis- und Stadtparkasse Wasserburg am Inn

Aufgebot für Sparurkunden gemäß § 25 SpkO, Art. 34 - 42 AGBGB.
Nachstehende Sparurkunde wurde zu Verlust gemeldet und wird öffentlich aufgeboden:

<u>Sparurkunden Nr.:</u>	<u>3161595545</u>
<u>ausgestellt auf:</u>	<u>Anna Rutzmoser</u>
<u>Antragsteller des</u>	
<u>Aufgebotsverfahrens:</u>	<u>Gertraud Rutzmoser</u>

An den Inhaber der Urkunde ergeht die Aufforderung, binnen drei Monaten ab heute seine Rechte unter Vorlage der Urkunde bei der Kreis- und Stadtparkasse Wasserburg am Inn anzumelden, widrigenfalls die Urkunde für kraftlos erklärt wird.

Wasserburg am Inn, den 29.04.2022

KREIS- UND STADTSPARKASSE WASSERBURG AM INN

Bekanntmachung der Kreis- und Stadtparkasse Wasserburg am Inn

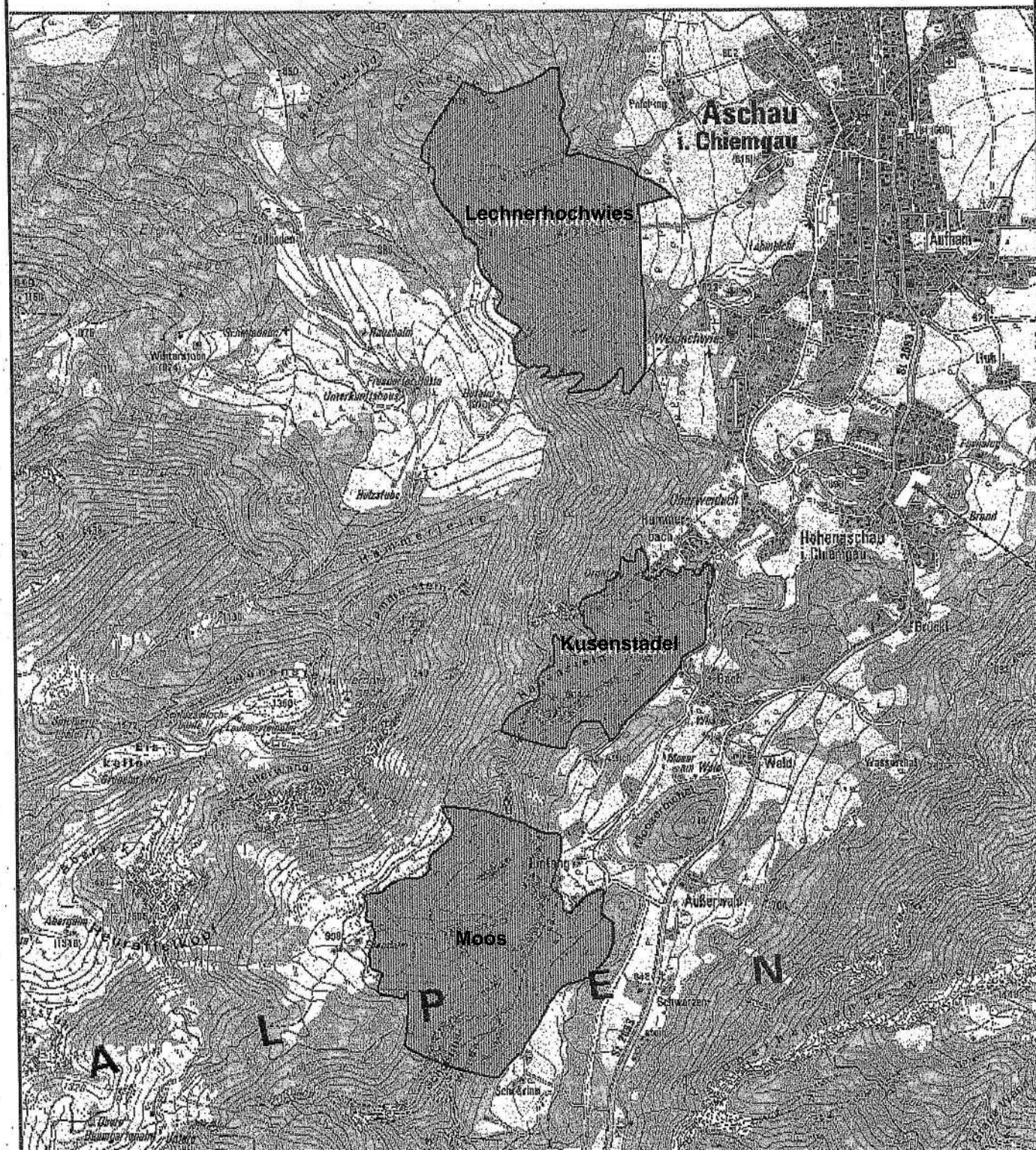
Aufgebot für Sparurkunden gemäß § 25 SpkO, Art. 34 - 42 AGBGB.
Nachstehende Sparurkunde wurde zu Verlust gemeldet und wird öffentlich aufgeboden:

<u>Sparurkunden Nr.:</u>	<u>3165122619</u>
<u>ausgestellt auf:</u>	<u>Anna Kranner</u>
<u>Antragsteller des</u>	
<u>Aufgebotsverfahrens:</u>	<u>Anna Kranner</u>

An den Inhaber der Urkunde ergeht die Aufforderung, binnen drei Monaten ab heute seine Rechte unter Vorlage der Urkunde bei der Kreis- und Stadtparkasse Wasserburg am Inn anzumelden, widrigenfalls die Urkunde für kraftlos erklärt wird.

Wasserburg am Inn, den 29.04.2022

KREIS- UND STADTSPARKASSE WASSERBURG AM INN



Anlage 1: Übersichtskarte

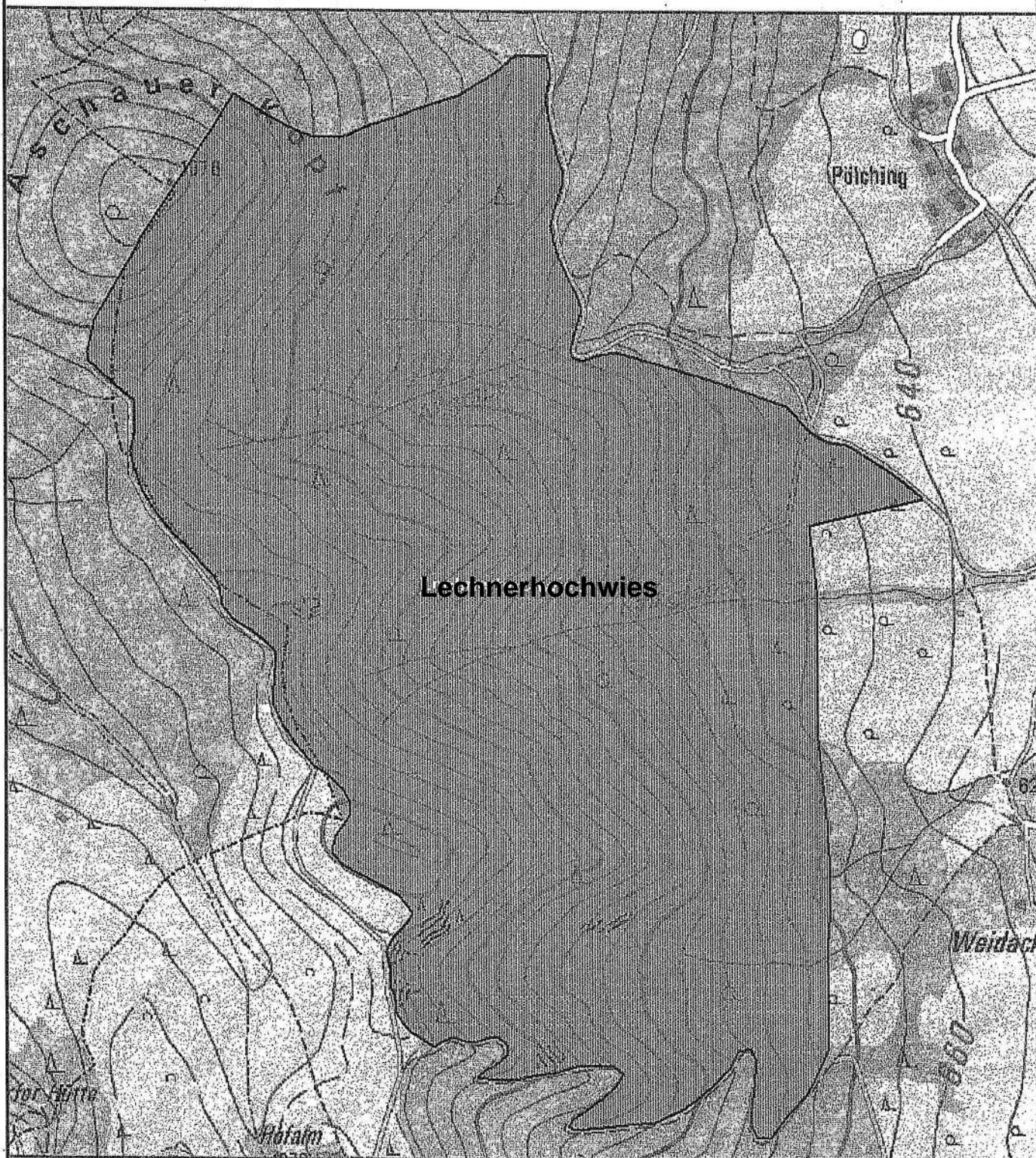
 **Fachinformationssystem Naturschutz**

Geobasisdaten Copyright: Bayerische Vermessungsverwaltung


Maßstab 1:25.000 (1 cm entspricht 250,00 m)

1 km





Anlage 2: Wildschutzgebiet Lechnerhochwies

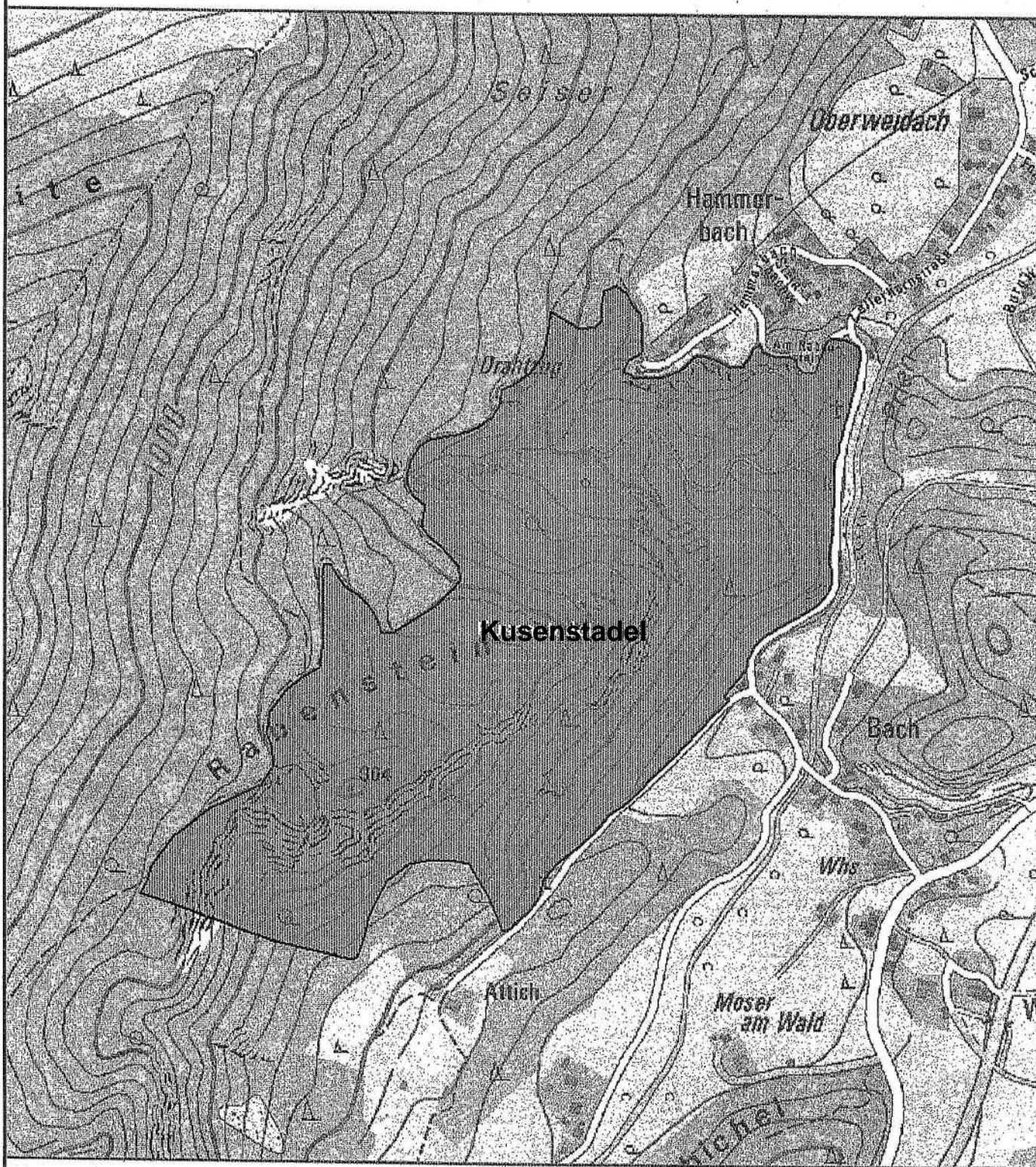
 **Fachinformationssystem Naturschutz**

Geobasisdaten Copyright: Bayerische Vermessungsverwaltung

Maßstab 1:7.500 (1 cm entspricht 75,00 m)

400 m





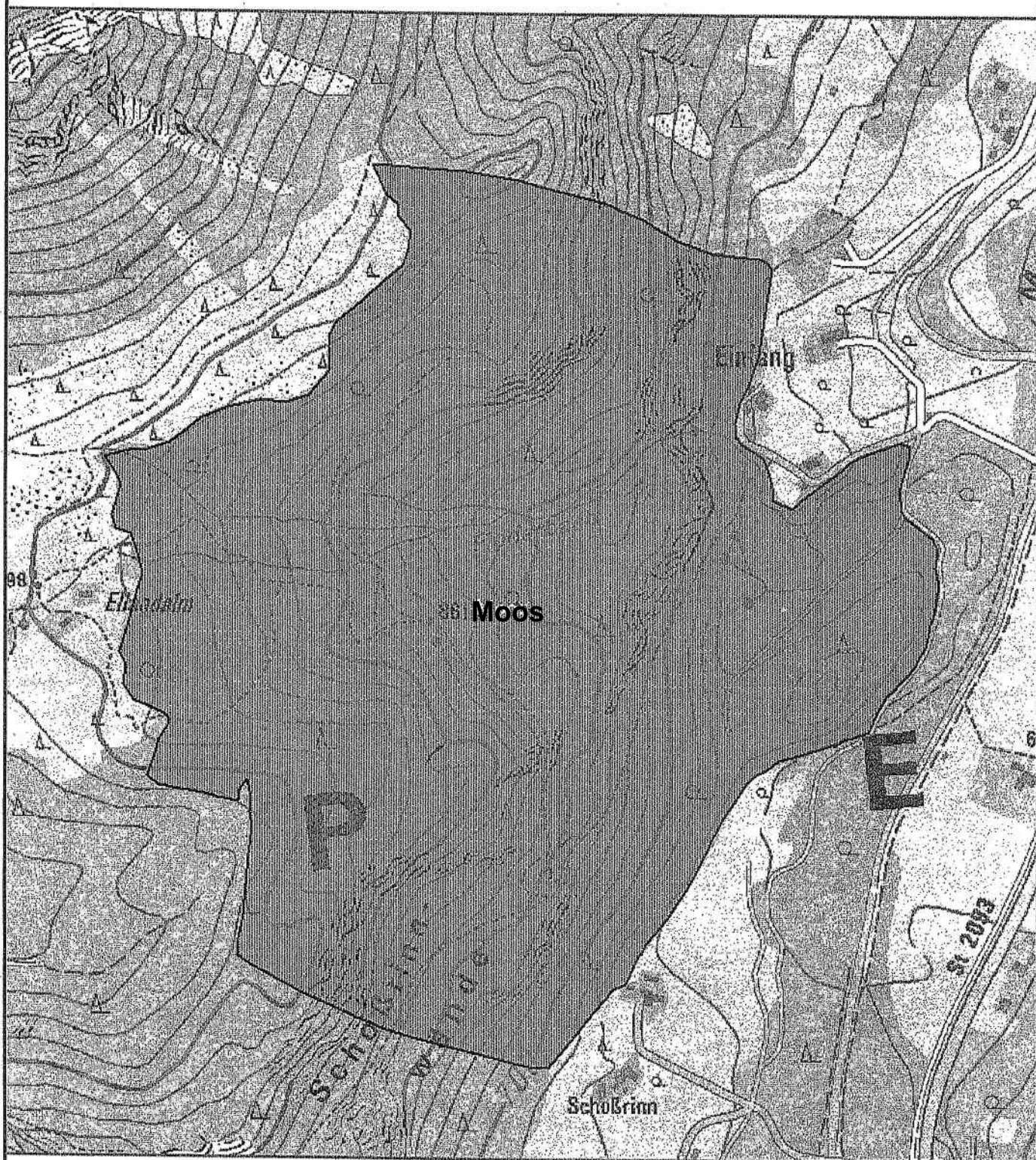
Anlage 3: Wildschutzgebiet Kusenstadel

 **Fachinformationssystem Naturschutz**


Geobasisdaten Copyright: Bayerische Vermessungsverwaltung

Maßstab 1:7.500 (1 cm entspricht 75,00 m)

400 m



Anlage 4: Wildschutzgebiet Moos

 **Fachinformationssystem Naturschutz**

Geobasisdaten Copyright: Bayerische Vermessungsverwaltung

Maßstab 1:7.500 (1 cm entspricht 75,00 m)

400 m

